



**In und um Aschaffenburg:**

# **Null Toleranz**

**für alte und neue Nazis!  
Faschismus ist keine Meinung,  
sondern ein Verbrechen.**

Seinen Höhepunkt fand es in der industriell organisierten Vernichtung Hunderttausender Menschen in Auschwitz. Wieder oder immer noch funktionieren extrem rechte Netzwerke in unserer Gesellschaft. Immer noch können sie an alltäglichen Rassismus und Chauvinismus anknüpfen. Wieder ermöglichen sie mörderischen Terror. Vor diesem Hintergrund rufen wir auf zu

## **Holocaust-Gedenkmarsch und Mahnwache**

- für die Opfer von Faschismus  
und Rassismus**
- gegen Neonazi-Umtriebe  
hier und anderswo**

**Aschaffenburg, Freitag, 27. Januar 2012**

- **Treffpunkt: 18:00 Uhr, Alexandraplatz**  
(„hinter der Sandkirche“, Gedenktafel)
- **Mahnwache an „Stolpersteinen“**
- **Kundgebung: 19:30 Uhr, ROB,**  
(Ex-Güterbahnhof, Gedenktafel an die Deportierten)

Zu dieser Veranstaltung rufen mit auf: ABAKUZ, afa-Kreis A'burg, Antifaschistische Gruppe, ATTAC, B'90 DIE GRÜNEN, Deutscher Freidenkerverband; DGB A'burg u. Mitgliedsgewerkschaften, DIE LINKE, Frauenhearing, Gaststätte Hannebambel, Halkevi Volkshaus e.V., Kommunale Initiative (KI), MLPD

Wir sind geschockt vom Ausmaß der Ignoranz, der Hilflosigkeit und der Verharmlosung staatlicher Behörden angesichts der anhaltenden, erschreckenden rechtsextremen Gewalt in Deutschland. Zehn Jahre lang waren Polizei und andere staatliche Stellen nicht in der Lage, eine rassistische Mordserie zu erkennen und zu stoppen. Wir fordern: Schluss mit der Verharmlosung rechter Gewalt!



### **1. Eingreifen und einmischen statt wegsehen**

Antidemokratischer und rassistischer Gewalt entgegen zu treten ist Aufgabe aller Demokraten in unserem Land; sie kann nicht an staatliche Stellen delegiert werden. Jeder von uns kann und muss z.B. gegen rassistische Sprüche am Arbeitsplatz oder am Biertisch, gegen antisemitische Hetze oder „Schwulenzwitsche“ auf dem Sportplatz Stellung beziehen. Wir müssen eingreifen, wenn andere beleidigt, bedroht oder sogar geschlagen werden - wann und wo immer das geschieht! Solidarität ist das Gebot der Stunde!

### **2. Gegen den „alltäglichen Rassismus“**

Die Sprache von Polizei, Justiz und Geheimdiensten ist verräterisch. Wenn Sonderkommissionen „Aladin“ oder „Bosporus“ genannt und die Opfer rassistischer Gewalt unter Generalverdacht gestellt und wie Täter oder Mittäter behandelt werden, sagt das viel aus über die innere Einstellung der betreffenden, über ihren „alltäglichen Rassismus“. Schon eine Bezeichnung wie „Döner-Morde“ verrät eine rassistische Tendenz und ist entwürdigend. Erreicht werden muss die Abkehr von Feindbildern und Pauschalierungen wie „die Linksextremisten“, „die Muslime“ und „die Ausländer“.

### **3. Staatliche Alimentierung der Neonazis beenden - V-Leute abschaffen**

Viele so genannte V-Leute in der rechtsextremen Szene sind nichts anderes als vom Staat bezahlte Neonazis, die Steuergelder zum Aufbau neonazistischer Strukturen verwenden, selbst Straftaten begehen und staatliche Stellen mit fragwürdigen oder bewusst irreführenden Informationen versorgen. Wir fordern die Abschaltung dieser V-Leute. Damit wird zugleich ein Haupthindernis für das Verbot der NPD beseitigt. Das Verbot der NPD und damit das Ende der staatlichen Finanzierung rechtsextremer Aktivitäten betrachten wir im übrigen als eine selbstverständliche, längst fällige Maßnahme. Im Gesamtzusammenhang des Kampfes gegen Rechtsextremismus und Rassismus in unserer Gesellschaft ist das Verbot von eher untergeordneter Bedeutung.

### **4. Initiativen gegen Rechtsextremismus fördern - bewährte Beratungsprojekte in den Bundesländern ausweiten - Finanzierung sichern**

Die Arbeit gegen die extreme Rechte ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe und darf kein Strohfeuer sein. Sie muss daher auch dauerhaft organisiert und finanziert werden. Rechte Gewalt ist im Übrigen kein „Ostproblem“. Die Mehrheit der NSU-Morde ereignete sich in den alten Bundesländern - in Regionen, in denen schon seit langem militante Neonazistrukturen bestehen.

Auch den erfolgreich arbeitenden Beratungsprojekten in den neuen Bundesländern und Berlin wurden wiederholt die Mittel gekürzt. Die mobilen Beratungsteams (u.a. Ansprechpartner für Kommunalpolitiker und Bevölkerung) sowie die Beratungsprojekte für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, die Betroffene, Zeugen und Angehörige bei der Bewältigung von Tatfolgen begleiten und unterstützen, sind derzeit mit zum Teil massiven Mittelkürzungen konfrontiert. Wir fordern den langfristig gesicherten Ausbau der finanziellen Förderung dieser Einrichtungen.

Wir unterstützen den ausführlichen taz-Appell gegen Neonazis vom 20.11.2011 „Was jetzt zu tun ist“, in dem auch festgestellt wird, dass die zivilgesellschaftliche Arbeit, wie sie z.B. vom Aschaffener Bündnis gegen Rechts seit über 20 Jahren geleistet wird, durch die historisch falsche, wissenschaftlich unsinnige und politisch gefährliche "Extremismustheorie" beeinträchtigt wird, die Rechtsextremismus und Linksextremismus und damit auch Faschismus und Antifaschismus gleichsetzt.

**Aschaffener Bündnis gegen Rechts**